

Einschätzung der Studie "Weidezäune zur Wolfsabwehr - eine Kostenabschätzung für Bayern" der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LFL) vom November 2017

1) Die Studie geht irrtümlicherweise davon aus, dass der Wolf in ganz Bayern sesshaft werden wird. Doch nur Teile Bayerns sind als Lebensraum für den Wolf geeignet. Es wäre völlig übertrieben, dort flächendeckend Zäune zu bauen, wo nur ab und zu mal ein Wolf als Durchzügler auf der Suche nach einem Revier zu erwarten ist, es aber keine sesshaften Wölfe geben wird. Das hieße, eine Unzahl von Kanonen bereit zu halten, nur um im Fall eines Falles auf den Spatz schießen zu können.

2) Es wird nicht auf Erfahrungen aus anderen Bundesländern zurückgegriffen, um die theoretischen Annahmen kritisch zu hinterfragen. In einigen Bundesländern gibt es bereits langjährige Erfahrung mit den Zaunbaukosten bei der Anwesenheit von Wölfen, so in Niedersachsen, Sachsen und Brandenburg. In 2016 wurden dort in der Summe 850.000 Euro für Präventionszahlungen ausgegeben, bei einer Gesamtzahl von 57 Rudeln bzw. sesshaften Paaren. In Bayern gibt es momentan ein sesshaftes Paar und ein Rudel.

3) Die berechneten Kosten werden nicht objektiv dargestellt. Als Ergebnis der Studie wird "eine Investitionssumme von insgesamt 241-413 Millionen Euro (Ø 327 Millionen Euro)" angegeben. Dabei wird unterschlagen, dass davon die Investitionssummen für "Standardzäune ohne Wolf" noch abzuziehen sind, um auf die wolfsbedingten Mehrinvestitionen zu kommen. Diese sind nur noch 122 Millionen Euro (Seite 10, Tabelle 4 der Studie). Wenn dann noch die sehr unterschiedliche Gefährdungslage und Schutzmöglichkeiten für Schafe und Ziegen, Jungrinder, Gehegewild und die Almwirtschaft differenziert betrachtet werden, ergibt die Studie z.B. das Ergebnis, dass mit Zusatzinvestitionen von nur 3,5 Millionen Euro die Schafherden in Bayern (ohne Alpen) vollständig abgesichert werden könnten

4) Die Studie beinhaltet keine Kosten-Nutzen-Abwägung und lässt damit ein essentielles Element einer jeden ökonomischen Analyse missen. Die berechneten Kosten werden ins Astronomische getrieben, weil die Notwendigkeit einer hundertprozentigen Absicherung gegen Wolfsangriffe vorausgesetzt wird. Doch ist beispielsweise in Gebieten, wo sich dauerhaft keine sesshaften Tiere etablieren und nur ausnahmsweise mit Rissen durch Durchzüglern zu rechnen ist, ein unbürokratischer finanzieller Ersatz im Falle einzelner Wolfsrisse sicher die ökonomisch angebrachte Variante. Zur Wahrheit in der ganzen Diskussion gehört sowieso, dass es einen hundertprozentigen Schutz vor Wolfsrissen nicht geben kann. Für solche Fälle müssen dann Ausgleichszahlungen zur Verfügung gestellt werden.

5) Wölfe ernähren sich hauptsächlich von Rehen und anderem Wild. Angesichts unserer hohen Wildbestände sind sie kaum gezwungen, sich an Weidevieh zu vergreifen. Rehwild oder Wildschweine sind für den Wolf am einfachsten und mit dem geringsten Risiko zu erlegen. Untersuchungen aus Ostdeutschland, wo es mehrere Rudel gibt, haben ergeben, dass der Anteil von Schafen und Ziegen an der Ernährung der dortigen Wölfe nur 1% beträgt. Weidevieh ist nur dort gefährdet, wo es ungeschützt gelassen wird. Das sollte aus Gründen des Tierwohls und zur Unterstützung der Weideviehhalter eigentlich ein Grund für die Politik sein, die Förderung von Zäunen und Herdenschutzhunden endlich auf den Weg zu bringen.

6) Die Gefährdungslage für junge Rinder wird überschätzt. Die Grundannahme der Studie ("Als vom Wolf gefährdete Weidetiere sind vor allem Jungvieh, Mastrinder, Mutterkühe mit ihren Kälbern sowie Schafe/Ziegen und Gehegewild anzusehen.") führt die Autoren der Studie in die Irre. Richtig wäre es zu sagen, dass als gefährdete Weidetiere v.a. Schafe/Ziegen anzusehen sind, aber Jungvieh und Kälber auch gefährdet sein können. Bei den von Wölfen von 2002 bis 2016 getöteten oder verletzten Nutztieren in Deutschland handelte es sich laut der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBB-Wolf) zu 96,5% um Schafe, Ziegen oder Gehegewild und in nur 3.3% um Rinder (meist Kälber). Die tatsächliche Gefährdungslage für junge Rinder ist schwer einzuschätzen, wird auch von Rinderhaltern unterschiedlich beurteilt und erfordert jeweils eine differenzierte Betrachtung der lokalen und betriebsspezifischen Rahmenbedingungen. Sicher ist aber, dass die reale Gefährdungslage nicht rechtfertigt, bei einer Kostenberechnung von einer bayernweit notwendigen wolffssicheren Umzäunung aller Rinderweiden mit Jungvieh auszugehen.

7) Die Aussage "Extensive Weidewirtschaft erlaubt ökonomisch in der Regel keine Spielräume für zusätzliche Investitionen." der Studie ist korrekt. Die Schlussfolgerung müsste allerdings sein, die förderrechtlichen Rahmenbedingungen für Weideviehhaltung und Schäferei z.B. durch massiven politischen Einsatz Bayerns bei der anstehenden EU-Diskussion des künftigen Agrarhaushaltes endlich auch im Sinne von Landschafts- und Naturschutz umzugestalten und zu verbessern, statt weiterhin Bauern- und Schäfersterben und eine Industrialisierung der Landwirtschaft voranzutreiben.